

6. April 2017

Duisburger FDP schließt sich der "Anti-Designer-Outlet-Initiative" an

Die Duisburger FDP schließt sich der Initiative "**Ja zu Duisburg, kein DOC**" an, die ein Bürgerbegehren, gegen das von SPD, CDU und Oberbürgermeister geplante Designer-Outlet-Center hinter dem Hauptbahnhof auf den Weg gebracht hat.

Die Freien Demokraten hatten sich schon frühzeitig gegen die Ansiedlung eines DOC auf dem ehemaligen Güterbahnhofsgelände ausgesprochen, nachdem der Vorstand die Parteimitglieder befragt hatte und diese mit über 90% dagegen gestimmt hatten.

Die Voraussetzungen für eine Ansiedlung auf diesem Gelände sind inzwischen deutlich anders als bei den früheren MultiCasa-Plänen, die die FDP noch unterstützt hatte. Damals wirkte die ganze City veraltet und erstarrt, inzwischen hat sie ein vollkommen neues Gesicht ist sie aufgeblüht, diese Entwicklung darf jetzt nicht wieder gehemmt werden.

FDP-Kreisvorsitzender Thomas Wolters: "Das geplante Entree von MultiCasa reichte damals bis auf den Bahnhofsvorplatz und wäre eine Erweiterung der City gewesen. Das Designer-Outlet wird weit hinter dem Hauptbahnhof gebaut, ohne jede Anbindung an die Königstraße. Die Stadt möchte (nach dem Hotel-Neubau) auch noch einen gigantischen Häuserriegel entlang der Mercatorstraße bauen, damit ist dann sogar jede optische Verbindung zwischen Bahnhofsgelände und City verloren."

Thomas Wolters, der als Oberbürgermeister-Kandidat gegen den amtierenden OB antritt, ist der festen Überzeugung, dass die Kunden nach einem 3stündigen Einkaufsbummel im DOC keinen Fußweg in die City antreten werden und auch nicht mit dem Auto in die Innenstadt fahren werden, weil hier jahrelang systematisch Parkplätze abgebaut wurden.

Größere städtische Gewerbesteuer-Einnahmen erwarten die Freien Demokraten durch ein Designer-Outlet auch nicht, da die Firmen nur dort Gewerbesteuer zahlen, wo sie ihren Firmensitz haben. Und wegen der extrem hohen Gewerbesteuer in Duisburg ist zu erwarten, dass die Designer-Ketten im Duisburger DOC zwar Filialen eröffnen, ihren Hauptfirmensitz jedoch in einer anderen Stadt belassen.